

### Statements der Expertinnen und Experten

- **Antje Niewisch-Lennartz (Obfrau der Expertengruppe)**

Die Vorwürfe sexualisierte Gewalt gegen Bischof Janssen wurden nicht durch weitere Fakten bestätigt, auch Anhaltspunkte für eine Entlastung haben sich nicht ergeben.

Im persönlichen Kontext von Bischof Janssen konnten 6 Tatverdächtige identifiziert werden. Die Hypothese eines Täter-Netzwerks kann dennoch nicht bestätigt werden.

Handlungsleitend war ausschließlich der Schutz des Ansehens von Kirche und Priesterstand. Die bevorzugte Maßnahme war die Versetzung eines beschuldigten Priesters in eine andere Gemeinde oder in eine andere Diözese. Einen Schutz der ihm dort wieder anvertrauten Kinder und Jugendlichen war nicht vorgesehen.

Selbst Schutz vor staatlicher Strafverfolgung wurde gewährt. In einem Fall wurde ein Priester nachweislich mit Unterstützung einer Institution der Deutschen Bischofskonferenz konspirativ in Südamerika untergebracht. Opfer sexuellen Missbrauchs wurden nicht zur Kenntnis genommen, an keiner Stelle wird ihnen gegenüber Fürsorge erkennbar.

- **Kurt Schrimm**

Aktenstudium und Aktenauswertung können zur Aufdeckung sexueller Übergriffe nur eine flankierende Funktion zur Befragung von Betroffenen und Zeugen erfüllen. Sexuelle Übergriffe von Geistlichen wurden zwar häufig verschwiegen oder vertuscht, sie wurden aber nicht offiziell geduldet oder gar gefördert. Es war deshalb nicht zu erwarten, dass sie in den Akten offen dokumentiert wurden.

Nach geschehener Tat war man sich jedoch nahezu einig, dass der Schutz des Geistlichen absoluten Vorrang vor dem Schutz der bisherigen und künftigen Opfer genoss. Dies änderte sich nur sehr langsam und erst lange nach der Ära Janssen.

Über Vertuschungs- und Verheimlichungsbestrebungen wurde meist offen korrespondiert. Auch viele weltliche Beteiligte, etwa Eltern, ließen häufig einen unbedingten Aufklärungswillen vermissen.

- **Gerhard Hackenschmied**

Während der Amtszeit von Bischof Heinrich Maria Janssen und darüber hinaus herrschte im innerkirchlichen Umgang mit Missbrauchsvorwürfen gegen Kleriker die Ziele vor, den Ruf der Kirche und des Priesteramtes zu schützen.

Auch vor dem Hintergrund der damaligen Zeit, in dem sexualisierte Gewalt, Kinderschutz und Kinderrechte eine andere gesellschaftliche Relevanz hatten, ist dies auch heute noch zu verurteilen.

Der bevorzugte Weg zur Vermeidung von öffentlichen Skandalen war die Versetzung ohne Bekanntgabe des Versetzungsgrundes. Durch dieses Vorgehen wurden individuelle Täterkarrieren unterstützt, die sich über mehrere Einsatzorte erstrecken konnten und der Grundstein für den weltweiten Missbrauchsskandal der katholischen Kirche gelegt.

Betroffene von sexualisierter Gewalt wurden sträflich vernachlässigt, ebenso die Vermeidung von weiteren Betroffenen an den neuen Einsatzorten der wegen sexualisierter Gewalt versetzten Kleriker.

- **Dr. Peter Caspari**

Die katholische Kirche zeigt ein organisationskulturell verankertes Unvermögen, zwischen legitimen und illegitimen Sexualitätsformen zu unterscheiden. Nichtsdestotrotz mischt sie sich seit jeher in machtvoller und anachronistischer Weise in die menschliche Sexualität ein. Symptom dieses Widerspruchs sind mächtige, emotional/sozial/sexuell bedürftige Kleriker, die andere Menschen mit der Ausübung ihrer Sexualität schädigen.

Es mangelt an einer glaubwürdigen Begründung, weshalb die katholische Kirche im Bereich des Sexuellen überhaupt den Anspruch auf gesellschaftliche Einflussnahme erheben kann.

- **Prof. Dr. Christa Paul**

Für die meisten Betroffenen ist es eine große Anstrengung, über die selbst erfahrene sexualisierte Gewalt zu berichten.

Wenn sie jedoch die Erfahrung machen, dass ihnen zugehört und geglaubt wird, ist das Sprechen für viele eine große Entlastung. Ihr oft jahrzehntelanges Schweigen beruht vielfach auf ihrer berechtigten Befürchtung, ihnen würde nicht geglaubt werden.

Die Möglichkeiten der heutigen Verantwortlichen des Bistums Hildesheim, Betroffenen bei der Verarbeitung der sexualisierten Gewalt zur Seite zu stehen, liegen deshalb auch darin, ihnen interessiert zuzuhören und aufrichtig Glauben zu schenken.

Gefordert ist eine für die Betroffenen deutlich erkennbare Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung durch die katholische Kirche, die über die Auszahlung einer Summe Geldes hinausgeht.